

# Obwaldner Volksfreund.

## Abonnement

(Bei sämtlichen Post-Bureaux.)  
 Jährlich (franko durch die ganze Schweiz) . . . Fr. 4.—  
 Halbjährlich . . . . . „ 2.10  
 bei der Expedition abgeholt jährlich . . . . . „ 3.80  
 „ halbjährlich . . . . . „ 2.—

N<sup>o</sup> 13.

Erscheint jeden Samstag vormittags.

## Einrückungsgebühr für Obwalden.

Die einpaltige Zeile oder deren Raum . . . 10 Rp  
 Bei Wiederholungen . . . . . „ 8 „  
**Für Inserate von auswärts.**  
 Die einpaltige Zeile oder deren Raum . . . 15 Rp  
 Bei Wiederholungen . . . . . „ 10 „

Sarnen, 1896.

28. März,

26. Jahrgang.

Inserate von Auswärts nehmen für uns entgegen die Annoncen-Expeditionen der Herren **Hausenstein & Vogler, Rudolf Mosse und Orell Füssli & Cie.** in Bern, Zürich, Luzern, Basel, Lausanne, Genf, Berlin, Leipzig, Dresden, München, Hamburg, Frankfurt a. M., Straßburg und Wien.

### \* Aus der Bundesversammlung.

Ja wohl, wir hätten es herrlich weit gebracht ohne die Volksrechte. Wir hätten schon lange ein eidgenössisches Schulgesetz nach dem Herzenswunsche der radikalen Schulmeister, wir hätten die vollendete Rechts- und Militär-einheit, wir hätten eine Staatsbank, wir hätten die Verstaatlichung der Eisenbahnen, wir hätten Bundesangestellte fast so viel als Heuschrecken im Aegyptenlande, wir hätten eine kolossale Staatsschuld. Die Konservativen müßten mit den Brosamen sich begnügen, die vom Tisch der Radikalen fallen, die Urkantone wären verschwindende Produzenten der Eidgenossenschaft.

Das muß man ihm lassen, fürchtam ist der Radikalismus nicht. Durch die enorme Mehrheit von Volk und Presse gieng wie ein Donnersturm die Protestation gegen das Intrigantentum und die Hintertreppenspolitik bei den Offizierswahlen. Jeder Patriot muß mit höchster Energie verlangen, daß die Leitung des vaterländischen Heeres in möglichst zuverlässigen Händen sich befinde. Wir wollen keinen Militärstaat, aber wir wollen noch viel weniger ein Heer im Dienste einer politischen Partei.

Man schuf darum für die wichtigsten Offiziersstellen ein Vorschlagsrecht der höchsten Offiziere. Jene zwei Männer, welche um die Militärorganisation die größten Verdienste haben, die H. H. Welki und Feiß, erklärten, daß dieses Doppelvorschlagsrecht für den Bundesrat verbindlich sei. Die Militärorganisation sagt ausdrücklich, daß der Bundesrat die Brigadekommandanten aus diesem Doppelvorschlag wählen müsse. Die Kavalleriebrigaden wurden allerdings erst später eingeführt, aber die Militärorganisation macht für keine Brigade eine Ausnahme.

Nun wurde der Vorschlag des militärischen Wahlkollegiums einfach unter den Tisch gewischt, und es geschah dies zu Gunsten eines Freimaurers.

Infolge dessen trat aus der Armee nicht nur Oberst Wille, ein rechthaberischer Kopf, der aber die größten Verdienste um die Kavallerie besitzt, sondern die Armee verlor auch Oberst Bleuler, einen der wägsten und besten Offiziere der gesamten Eidgenossenschaft.

Das liberale Centrum verlangte nun im Nationalrat, daß instinktiv die militärischen Wahlvorschläge respektiert werden.

Und — was geschah? Der Nationalrat erklärte mit 76 gegen 40 Stimmen diese Wahlvorschläge sollen für den Bundesrat überhaupt unverbindlich sein.

Wir sahen den Nationalratsaal, seine Wandelgänge und Tribünen noch nie so überfüllt. Jedermann wußte, daß es sich um eine ernste Frage handelt, um die Frage einer gewissen Selbstständigkeit der Armee von den politischen Behörden. Jetzt ist durch die radikale Zweidrittel-Mehrheit des Nationalrates diese Selbstständigkeit vernichtet, und das Volk hat nichts dazu zu sagen. Man hat ein wichtiges Bundesgesetz ins Gegenteil verandelt. Das ist die Antwort des Nationalrates auf die Verwerfung der Militärvorlage. Das ist der Respekt des Radikalismus vor der Majestät des Volkes.

Es war ein Dogma des Liberalismus und zwar ein berechtigtes Dogma: die Trennung der Gewalten. Man wollte eben politisch unabhängige Gerichte. Aber nicht minder wichtig ist die Unabhängigkeit der Heeresleitung von der Strömung der politischen Parteien. Wir wissen schon, daß es auch unter den großen Epauletten höchst

widerwärtige Cliques und Cotterien giebt. Diese werden aber gerade durch die politische Günstlingswirtschaft großgezogen.

Der stolze französische König sagte: „Der Staat bin ich.“ Bundespräsident Lachenal erklärte im Nationalrat: „Die Kommission schlägt vor, der Bundesrat bestimme.“ Nein, Herr Bundespräsident! In einer wahren Demokratie bestimme nicht die Regierung, sondern das Gesetz und der Volkswille. — Aber der Radikalismus rechnet mit Sicherheit auf die Zerspaltung der konservativen Opposition.

Und diese Zerspaltung zeigte sich neuerdings glänzend, da man im Eisenbahngesetz für Ausmittlung der Rückkaufsumme das Bundesgericht an Stelle der konzeptionsgemäßen Schiedsgerichte setzte. Auf die Konzeptionisten hin wurden die Eisenbahnen gebaut, sie sind ein gegebenes Wort, welches der Staat den Bahnen feierlich versprochen hat. Wenn der Staat die Konzeptionen beliebig ändern kann, so wären sie nur ein verführerisches Lockmittel für das Kapital, sie sind dann ein Papier, welches weniger Halt und Rücken bietet als jeder privatrechtliche Vertrag. Wenn man sich auf ein Schiedsgericht verständigte, so hat jede Partei das verbriefteste Recht auf dieses Schiedsgericht. Der Bund sollte sich aber zehnfach hüten, dieses Recht zu schmälern, weil er die Gegenpartei ist und weil es sich um die Ermittlung der Rückkaufsumme handelt. Politische Minderheiten müssen ängstlich sein in Wahrung der verbrieften Rechte, sie müssen auch den Schein des Unrechts meiden, damit man nicht früher oder später auf einen Präcedenzfall gegen ihre heiligsten Rechte und Interessen sich beruft.

Uebrigens — drängt es mit dem Rückkauf? Danti ist der Bund allerdings Eigentümer der Bahnen, aber er hat auch eine kolossale Staatsschuld. Nach Aussage vieler Rückkaufsfreunde kann von einer Erleichterung der Taxen keine Rede sein. Die Streitfrage wird sich dann gegen den Bund richten und das Volk wird mit mancher gerechter Klage sich dann umsonst beim verschuldeten Vater Bund beschweren. Die Staatsbank und die Verstaatlichung der Eisenbahnen begründen materiell den Einheitsstaat, aber auch die Abhängigkeit der Schweiz vom fremden Geldmarkt. Frage man das Volk an, ob es die Staatsbank und den Rückkauf will! Es wird eine so deutsche Antwort geben wie bei der Militärvorlage.

Dem eidg. Finanzminister kann man gratulieren und kondolieren. Die Staatsrechnung für 1895 gestaltete sich mit der Kapitalvermehrung um 8 Millionen günstiger als der Voranschlag. Und doch hat er erklärt, daß die Eidgenossenschaft durch den „Beutezug“ aus Rand und Band getrieben würde. Und doch behandelte man die Freunde der Zollinitiative als Feinde der Eidgenossenschaft. Das Volk glaubte den radikalen Bundesherren, und darum hat es seine Steuern nicht erleichtert. Das Volk wird bei der Abstimmung über die Staatsbank zeigen, ob es sich für ein X ein U vorzuziehen läßt, um seine volkswirtschaftliche Selbstständigkeit dem Moloch der radikalen Staatsgewalt zu opfern.

Durch die Genehmigung der Verfassungsnovelle und durch den denkbar schroffsten Bruch mit Dem, was man zwanzig Jahre lang als Bundesrecht erklärte, ist der Kanton Tessin auf unabsehbare Zeit für den Radikalismus zu einer gesicherten Provinz geworden, denn die aus aller Herren Ländern mit freimaurerischem Geld zu-

sammengetrommelten Wahl-Janitscharen können stets die heimische Bevölkerung zu Boden stürzen. Dadurch ist der Ständerat zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt. Er ist politisch das fünfte Rad am Wagen. Dadurch ist die parlamentarische Allgewalt des Radikalismus und damit die Minderheitsherrschaft in der Schweiz besiegelt.

Und — woher kam dieser Fluch? Vom Mangel an Eintracht im konservativen Lager. Vor zwanzig Jahren hatten die Radikalen im Tessin ganz abgewirtschaftet. Es mußte ein künstlicher Wahlkreis geschaffen werden, damit die Radikalen eine kleine Vertretung im Nationalrat erhielten. Die Konservativen hatten eminent tüchtigere Kräfte, aber der Zwiespalt bestete sich wie ein Fluch an ihre Fesseln, und die Hitze der politischen Kämpfe, sowie die Vertheidigung der Gegner ließ sie zu wenig zu praktisch schöpferischen Taten kommen. Darin liegt eine ernste Lehre. Eine Partei erhält sich nur dadurch, daß sie sich in überlegter Arbeit für's Gemeinwohl von Niemand über-treffen läßt. Dann aber braucht es auch ein hohes Maß von Weitherzigkeit, welche den Kreis der Freunde nicht verengt, sondern zu gemeinsamer Arbeit für's Gemeinwohl möglichst Tür und Tore öffnet.

Ja wohl, es war politisch eine schlimme Session. Aber die Starrköpfigkeit des Radikalismus wird dem Volke mehr und mehr die Augen öffnen.

Wir sind kein Freund feigherziger Zeremonien; auch in der Politik soll man dem Wahrspruch des alten Demosthenes folgen: „Erst wägs, dann wägs.“

Sollten wir denn das blanke Schwert der Volksoffensive gänzlich einrostet lassen oder dem Gegner überlassen? Wir sollen die vortheilhafte Stimmung im Lande benutzen. Sonst sagt das Volk: es ist nichts mit den Konservativen, sie können nichts aufbauen, sie können nur verwirren. Das Volk will Taten sehen, entschiedene, reelle Taten.

Der gesunde Sinn des Volkes haßt das Gemürr, das im Finstern kriecht. Ein Vorstoß gegen die Freimaurerei würde ein sympathievolles Echo im Schweizer-volke finden. Die Freimaurerei ist der perniciöse Erbinde des Katholizismus und des positiven Christentums. Wenn es sich um einen Sturm oder um eine heimtückische Hinterlist gegen den Katholizismus handelt, so hat die Freimaurerei gewiß die Hand im Spiel. Für Recht und Friede im Lande wirkt die Freimaurerei, deren geheime Taten sich sogar den Strahlen von Königs zu verbergen suchen, viel schlimmer als für die Volksgesundheit der Bacillus der Influenza. Zu einem frechen, tödlichen Kampfe gegen diesen vaterlandslosen Geheimbund wären jetzt die Lehren reif, es bedürfte nur eines Dr. Lueger.

Ungemein vollständig wäre aber die Wahl des Bundesrates durch das Volk.

Wenn wir diesen Schritt nicht wagen, so werden ihn Andere tun, und dann wird die notwendige Schranke fallen, daß jeder Kanton nur ein Mitglied im Bundesrat besitzen darf. Ziehen wir uns doch nicht in das Schneckenhaus der Proportionalität zurück! Die Proportionalität, mit der Grundlage jedes Kantons als Einheit, ziemt sich für die Wahl des Nationalrates, aber nicht für die